



Jetzt sollen Milliarden in die Signa-Kassen kommen

Vermögen geht zur Verwertung an zwei Treuhänder – Sanierung der Schlüsselfirmen darf bis zu fünf Jahre dauern

Anwälte, Gläubigervertreter, Verfahrensbeteiligte: Die Menschenschlange vor den entscheidenden Sitzungen war lang.

WIEN. Die Dimensionen sind unvergleichlich: Beim größten Insolvenzkomplex in der österreichischen Nachkriegsgeschichte, der Signa-Pleite, geht es um mehr Nullen als in üblichen Verfahren. Auch der Ansturm bei den gestrigen Tagsatzungen war ungewöhnlich: Einmal 477, einmal 285 Gläubiger ließen sich von den Gläubigerschutzverbänden AKV, KSV 1870 und Creditreform vertreten.

Die Forderungen

Gegen die Signa-Gesellschaften Prime (das sind die Nobelimmobilien) und Development (darin sind die Bauprojekte zusammengefasst) wurden bis gestern Forderungen von 13 Milliarden Euro und 2,3 Milliarden Euro erhoben. Zu Recht anerkannt wurden bisher rund sechs bzw. 1,5 Milliarden Euro. Diese Summen können noch steigen. „Die Höhe der letztlich zu berücksichtigenden Verbindlichkeiten lässt sich noch nicht abschließend prognostizieren“, so Karl-Heinz Götze vom KSV.

Abstimmung und Quote

Die Mehrheit der Gläubigervertreter ist gestern jedenfalls der Empfehlung der Insolvenzverwalter gefolgt und hat dem jeweiligen Sanierungsplan zugestimmt.

30 Prozent sollen die Gläubiger binnen zwei Jahren erhalten. Sind dann noch nicht alle Immobilien verkauft, geht die Verwertung wei-

ter – und die Gläubiger haben eine Chance auf bis zu 100 Prozent. Diese Hoffnung artikuliert der AKV, der in seinem Bericht über die Entwicklungsgesellschaft Signa Development eine Superquote von bis zu 100 Prozent ins Spiel bringt. Helfen soll eben der lange Verwertungszeitraum, der mit bis zu fünf Jahren definiert wurde.

Die schwierige Entscheidung

Gläubigerschützer Gerhard Weinhofer von Creditreform sagt nach den Abstimmungen: „Manche Gläubiger haben vielleicht mit etwas Bauchweh dem Sanierungsplan zugestimmt. Letztendlich ist es die wirtschaftlich vernünftigste Lösung.“ Weil ein Sanierungsverfahren binnen 90 Tagen so weit gebracht werden muss, dass die

Gläubiger darüber abstimmen sollen, spricht Weinhofer von einem „Husarenritt“, wenn man die Komplexität des Verfahrens und die kurze Zeitdauer, die zur Verfügung stand, berücksichtigt.

Nicht alle Gläubiger wollten sich auf die Treuhandlösung einlassen. Die Republik Österreich bzw. die Finanzprokurator hat den Sanierungsplänen nicht zugestimmt, weil sie nicht an die Finanzierbarkeit glaubt und gern tiefer gegraben hätte. Ein Konkurs hätte mehr Klarheit gebracht, so Wolfgang Peschorn, der Leiter der Finanzprokurator.

Die Treuhandlösung

In beiden Sanierungsverfahren wird das Vermögen einem Treuhänder übergeben – jeweils den

beiden bisherigen Insolvenzverwaltern. Diese sollen die bestmögliche Verwertung abwickeln.

Die Sanierungsverwalterin Andrea Fruhstorfer teilt für die Signa Development mit, alle drei Monate über die Verwertungsprozesse berichten zu wollen. Sie verweist auch auf Ausdehnung der Treuhandschaft. „Das ist die beste Lösung für die Gläubiger. Die zwei bis fünf Jahre geben uns dafür ausreichend Zeit.“ Vorerst verschaffe ein Massekredit in der Signa Development die Luft, um die Projektgesellschaften zu stabilisieren.

Treuhandler für die Signa Prime wird der bisherige Insolvenzverwalter Norbert Abel. Auch er ist überzeugt, eine Verwertung im Konkurs hätte eine geringere Quote ergeben.

Wie geht es weiter?

Kenner berichten, dass es Interessenten für etliche Signa-Immobilien gibt. Der vergangene Woche gescheiterte Verkauf der Signa Prime Assets als Paket an die Investorenfamilie Schöller sollte nun dazu führen, die Immobilien einzeln zu verwerten. Die Paketlösung sei von Immobilienexperten ohnehin nicht verstanden worden. „Kaufhäuser und ein Hotel im Paket zu verkaufen, das passt nicht zusammen. Das gibt einen Abschlag beim Kaufpreis“, sagt ein Experte. (sib)



„Mit dem treuhändigen Verkaufsprozess haben wir die beste Lösung für die Gläubiger erreicht. Die maximal fünf Jahre geben ausreichend Zeit.“

Andrea Fruhstorfer, Sanierungsverwalterin



„Manche Gläubiger haben vielleicht mit etwas Bauchweh zugestimmt. Aber es gibt mehr Zeit für den Verkauf und das Verfolgen von Haftungsansprüchen.“

Gerhard Weinhofer, Creditreform

Fensterbauer IPM Schober ging das Geld aus

Familienbetrieb in vierter Generation sieht sich als Opfer der schwachen Bauwirtschaft

VON SIGRID BRANDSTÄTTER

THALHEIM/WELS. Die Ursprünge des Unternehmens liegen in den 1930er-Jahren. Seit 2012 steht mit Florian Schober die vierte Generation an der Unternehmensspitze. Heute stellt das traditionsreiche Familienunternehmen IPM Schober beim Insolvenzgericht in Wels den Antrag auf ein Sanierungsverfahren ohne Eigenverwaltung, bestätigt der Firmenanwalt Wilhelm Deutschmann.

IPM Schober ist überwiegend in Wien im Objektbau tätig, also im großvolumigen Geschäft. Das ging auch lange gut. Im Jahr 2020 kam es in Wien zu einer Umstellung der

Fördervorgaben in Richtung Kunststoff-Fenster. Das habe zu mehr Wettbewerb und einem deutlich gesunkenen Preisniveau geführt, erklärt Deutschmann.

Verstärkt musste mit Anbietern aus Polen und Südosteuropa konkurriert werden, was bei den massiven Material- und Energiekostensteigerungen nicht möglich war. Die Holzfenster-Sparte konnte nicht mehr genug Aufträge gewinnen, um die Verluste der Kunststoffsparte zu kompensieren. Fixpreise wurden trotz der Preiserhöhungen nicht nachverhandelt. Das lange gut gehende Unternehmen wollte die Phase durchtauchen. Bis vor wenigen Jahren war die finan-



Firmenanwalt Deutschmann (dm/OÖN)

zielle Situation zufriedenstellend, gab es keine Bankschulden, heißt es.

Dazu kam die nachlassende Auslastung der Bauwirtschaft aufgrund der steigenden Zinsen und hoher Baukosten. Das führte bei

Kunden zu Zahlungsschwierigkeiten und bei IPM Schober zu hohen Forderungsausfällen.

„Die Lohnsteigerungen von 2023 von neun Prozent bedeuteten für das Unternehmen mit 90 Mitarbeitern eine Mehrbelastung von 570.000 Euro. Das war nicht mehr zu verdienen“, so der Insolvenzanwalt Deutschmann, der die Restrukturierung begleitet.

Das Sanierungsverfahren soll gelingen, weil die defizitäre Kunststoff-Fensterfertigung in Steinhäuser geschlossen wird. Das wird 35 Jobs kosten. 55 Arbeitsplätze sollen erhalten bleiben. Es erfolgt eine Konzentration auf die Holz- und Holz-Alu-Fensterproduktion.

KOMMENTAR

VON SIGRID BRANDSTÄTTER



Prinzip Hoffnung

Der Chef der Finanzprokurator, Wolfgang Peschorn, als Anwalt der Republik Österreich hatte anderes gewollt: Er wollte es als Gläubiger darauf ankommen lassen und die wichtigen Signa-Gesellschaften Prime und Development in Konkurs schicken. Der Unterschied zur gestern entschiedenen Lösung ist wohl im

Weniger Blick zurück, mehr nach vorn

Grad der damit angestrebten Aufklärung zu suchen.

Die jetzige Lösung mit der Verwertung im Sanierungsverfahren konzentriert sich auf den bestmöglichen Verkauf der Immobilien. Kenner sagen: Im Sanierungsverfahren richtet sich der Blick mehr nach vorn, im Konkursverfahren wendet er sich in die Vergangenheit – und deren Aufarbeitung.

Es ist noch nicht gesagt, dass die Sanierungsverfahren so aufgehen wie geplant. Noch immer blicken nicht einmal Insider durch, Signa bleibt ein Überraschungspaket.

Aktuell regiert das Prinzip Hoffnung, an dem sich die Gläubiger anhalten. Die Signa-Firmen wären nicht die ersten, die Monate nach dem Abnicken einer Sanierung doch in Anschlusskonkurs gehen.

✉ s.brandstaetter@nachrichten.at

ÜBERBLICK

Gasversorgung: „Haben Handlungsbedarf“

WIEN. Die Gas-Durchleitungsverträge für russisches Gas durch die Ukraine laufen mit Jahresende, wie berichtet, aus: Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung Österreich, kritisiert, dass Österreich im Gegensatz zu anderen Ländern säumig beim Ausbau der Kapazitäten sei. Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich, forderte bei einem Pressegespräch ein konsequentes Handeln.

Neue Regeln für Kurzzeitvermietung

WIEN. Eine neue Verordnung, die gestern im Rat der EU-Mitgliedstaaten beschlossen wurde, soll die Kurzzeitvermietung via Airbnb & Co. transparenter machen. Laut einer Aussendung von Tourismusstaatssekretärin Susanne Kraus-Winkler müssen sich Gastgeber künftig registrieren und eine Nummer auf der jeweiligen Plattform anführen. Behörden sollen im Gegenzug Gäste- und Nächtigungsdaten von den Plattformen erhalten.

Spar: Ungarn weist Vorwürfe zurück

BUDAPEST. Die ungarische Tochter des Lebensmittelhändlers Spar ist, wie berichtet, 2023 wegen einer Sondersteuer tief in die roten Zahlen gerutscht. Das ungarische Wirtschaftsministerium hat die Vorwürfe gestern als „falsch und boshaft“ zurückgewiesen. Grund sei nicht die Sondersteuer, sondern unrentables Wirtschaften. Die Sondersteuer sei berechtigt.